



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Volkshochschul-Verband

Aktuell seit 29.10.2026 13:00:09

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002443
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	29.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Luisenstraße 45 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +492289756910 E-Mail-Adressen: info@dvv-vhs.de Webseiten: www.volkshochschule.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

500.001 bis 510.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,82

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Martin Rabanus**

Funktion: Vorsitzender

Tätigkeit:

Mitglied des Deutschen Bundestages

2. Susanne Deß M.A.

Funktion: stellvertretende Vorsitzende

3. Winfried Krüger

Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):**1. Esther Hirsch****2. Friedrich Meyer zu Schwabedissen****3. Sascha Rex****4. Annegret Kramp-Karrenbauer**

Tätigkeit bis 12/21:

Bundesminister/-in

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

5. Dr. Ernst Dieter Rossmann

Tätigkeit bis 10/21:

Mitglied des Deutschen Bundestages

6. Julia von Westerholt**7. Katinka Bartl****8. Christina Bellmann****9. Martin Rabanus**

Tätigkeit:

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesamtzahl der Mitglieder:

16 Mitglieder am 02.07.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (19):

1. Bundesausschuss politische Bildung
2. Bundesverband der Träger beruflicher Bildung e.V.
3. Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.
4. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
5. Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland e.V.
6. Rat der Weiterbildung - KAW

7. Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
8. Deutscher Weiterbildungstag
9. Deutscher Kulturrat
10. Verein zur Förderung der Beruflichen Bildung an Volkshochschulen e.V.
11. Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V.
12. European Basic Skills Network
13. Nationales Forum Beratung in der Bildung, Beruf und Beschäftigung e.V.
14. Verband Österreichischer Volkshochschulen
15. International Language Work
16. International Council for Adult Education
17. Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe
18. European Association for the Education of Adults
19. Gesellschaft für Evaluation e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Kultur; Digitalisierung; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Rente/Alterssicherung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck des Vereins ist die Förderung der Weiterbildung und der Bildungsarbeit in den Volkshochschulen sowie die Interessenvertretung seiner Mitglieder und der Volkshochschulen auf Bundes-, der europäischen und der internationalen Ebene.

Grundlagen die Arbeit sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Verbandes und externen Akteurinnen und Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Mit Hilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von Volkshochschulen und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung von Volkshochschulen.

Es werden Veranstaltungen organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten erstellt und an Abgeordnete sowie die Bundesregierung übermittelt. Daraus folgen Hintergrundgespräche mit einzelnen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Absicherung der Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen im Umsatzsteuergesetz

Beschreibung:

Die Interessenvertretung betrifft die Umsatzsteuerbefreiung für gemeinwohlorientierte Bildungsleistungen, wie sie im Regierungsentwurf des Jahressteuergesetzes 2024 (JStG 2024) vorgesehen ist. Ziel der Interessenvertretung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. (DVV) ist es, sicherzustellen, dass die Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 22a UStG für vhs-Kursangebote weiterhin europarechtskonform bestehen bleibt. Zudem soll durch eine ergänzende Erläuterung in der Gesetzesbegründung das Zusammenspiel des § 4 Nr. 22a UStG mit § 4 Nr. 21 UStG präzisiert und die Anwendung der Befreiungsvorschriften langfristig praktikabel gestaltet werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13419 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 20/12780, 20/13157, 20/13328 Nr. 11 - Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Dr. Gesine Löttsch, Christian Görke, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke - Drucksache 20/12109 - Eine starke neue Wohngemeinnützigkeit als nicht-profitorientierten Sektor auf dem Wohnungsmarkt einführen

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2405230030 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Versendet am 23.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2410290008 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

3. **SG2502120021** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

2. **Demokratiefördergesetz: Gesetzliche Grundlage zur Förderung politischer Erwachsenenbildung durch den Bund**

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben betrifft den Entwurf eines Demokratiefördergesetzes (DFördG), das Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung als dauerhafte gesellschaftliche Aufgaben etablieren soll. Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) setzt sich dafür ein, dass politische Erwachsenenbildung klar als eigenständiges Handlungsfeld auf Bundesebene im Gesetz verankert und somit förderfähig wird. Ziel der Interessenvertretung ist es, die gesetzliche Grundlage für die altersunabhängige Förderung politischer Bildung zu schaffen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/5823 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz - DFördG)

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

3. **Fortsetzung der AlphaDekade**

Beschreibung:

Der DVV macht sich als Partner im Kuratorium stark für eine Fortsetzung der Alpha Dekade über das Jahr 2026 hinaus. Zielsetzungen sind:

- Alphabetisierung und Grundbildung (AuG) in Deutschland verlässlich fördern
- AuG als Daueraufgaben im Bildungssystem verankern
- entstandene Bildungsstrukturen, Partnerschaften und Vernetzungen stärken
- Forschung-Praxis-Dialog ausweiten und intensivieren
- Ansätze aufsuchender Alphabetisierung und Grundbildung etablieren

- mit "höher, breiter, integrativer" neue Zielgruppen ansprechen, ein breiteres Feld von Grundbildung aufbauen und Erst- und Zweitsprachler*innen gleichermaßen als Zielgruppen ansprechen
- Beitrag zur Fach- und Arbeitskräftegewinnung leisten
- AuG als Bestandteil von Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt etablieren

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8200 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweiter Bericht der Bundesregierung über die Fortschritte der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis 2026 - (Fortschrittsbericht 2019 bis 2022)

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

4. Einführung einer Bildungs(teil)zeit und eines Qualifizierungsgeldes zur Förderung der allgemeinen Weiterbildung

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben betrifft den Entwurf eines Weiterbildungsgesetzes, das Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie die Einführung einer Bildungs(teil)zeit und eines Qualifizierungsgeldes vorsieht. Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) setzt sich dafür ein, dass allgemeine Weiterbildung als fester Bestandteil in diese Vorhaben integriert wird. Ziel der Interessenvertretung ist es auch, Angebote zur Grundbildung sowie berufsbezogene Sprachkurse in die Fördermöglichkeiten einzubeziehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6518 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]

5. Reformbedarf des Gesamtprogramms Sprache des Bundes

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bezieht sich auf geplante Änderungen der Integrationskursverordnung (IntV), die insb. Kursarten für spezifische Zielgruppen (z.B. Eltern-, Frauen- und Jugendintegrationskurse), die Fahrtkostenerstattung für Teilnehmende in ländlichen Gebieten, die Möglichkeit zur Wiederholung von Kursmodulen sowie die Bedingungen für die Teilnahmeberechtigung betreffen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV) zielt darauf ab, im Interesse der Träger und Teilnehmenden Einfluss darauf zu nehmen, dass diese bestehenden Regelungen unverändert beibehalten oder ggf. bedarfsgerecht angepasst werden, um integrative, pädagogische und organisatorische Standards sicherzustellen und zu vermeiden, dass rein wirtschaftliche Einsparungen das Gesamtprogramm Sprache inhaltlich gefährden.

Referentenentwurf:

Fünfte Verordnung zur Änderung der Integrationskursverordnung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 10.10.2024

Federführendes Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

IntV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (9):

1. SG2410290009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2512170025 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

3. SG2512170027 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

4. SG2512170028 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

5. SG2512170031 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

6. SG2607030007 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

7. SG2607030008 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

8. SG2607030009 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. SG2607130006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

6. **Bundeshaushalt 2025: Gesamtprogramm Sprache**

Beschreibung:

Absicherung der bedarfsgerechten Mittelausstattung für das Gesamtprogramm Sprache, genauer die Integrationskurse und Berufssprachkurse

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12401 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Finanzplan des Bundes 2024 bis 2028

Zuständiges Ministerium: BKAmt [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/501 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 - (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025) - Drucksache 21/500 - Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/778 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2025

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/779 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIKG)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1002 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025) - Drucksachen 21/500, 21/501 - hier: Einzelplan 02 - Deutscher Bundestag

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1003 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025) - Drucksache 21/500 - hier: Einzelplan 03 - Bundesrat

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1012 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025) - Drucksachen 21/500, 21/501 - hier: Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1061 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1062 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1 - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1064 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025) - Drucksachen 21/500, 21/501, 21/1628 Nr. 1 -

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2512170021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2512170022 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2512170029 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

7. **Bundeshaushalt 2026: Gesamtprogramm Sprache**

Beschreibung:

Absicherung der bedarfsgerechten Mittelausstattung für das Gesamtprogramm Sprache, genauer die Integrationskurse und Berufssprachkurse

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/600 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/601 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029

Zuständiges Ministerium: BKAmt [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512170030 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

8. Erhalt der Selbstständigkeit in der Weiterbildung**Beschreibung:**

Der Deutsche Volkshochschul-Verband will die Selbstständigkeit von Lehrkräften in der Weiterbildung erhalten. Ziel ist, Rechtssicherheit für die Verbandsmitglieder. Dabei tritt der DVV für eine bürokratiearme Lösung ein, die gleichzeitig eine soziale Absicherung nicht verhindert. Hintergrund ist die aus dem sogenannten „Herrenberg-Urteil“ abgeleitete Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung Bund in Statusfragen, die Handlungsspielräume für Einrichtungen, die selbstständige Lehrkräfte einsetzen, erheblich einschränkt und damit die Weiterbildungslandschaft bedroht.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Öffentliches Recht [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2512170075 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.11.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2512170076 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

3. SG2512170077 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2512170078 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.04.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2603190023 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2026 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]Gremien [alle SG dorthin]Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]Organe [alle SG dorthin]**Bundesregierung**Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]**6. SG2607090027 (PDF - 5 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 08.07.2026 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]**Bundesregierung**Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Versendet am 08.07.2026 an:

BundesregierungBundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]**9. Bundeshaushalt 2027 - Gesamtprogramm Sprache****Beschreibung:**

Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung der Integrationskurse im Bundeshaushalt 2027 sowie Anpassung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Integrationsförderung. Konkret werden u. a. eine Erhöhung der Haushaltsmittel für Integrationskurse auf mindestens 900 Mio. Euro, die Öffnung der Integrationskurse für alle zugewanderten Menschen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus und die Anhebung des Kostenerstattungssatzes für Kursträger angestrebt. Zudem soll die Finanzierung der Integrationskurse dauerhaft verlässlich ausgestaltet werden.

Interessenbereiche:Integration [alle RV hierzu]**Stellungnahmen/Gutachten (1):****1. SG2607030006 (PDF - 2 Seiten)****Adressatenkreis:**

Versendet am 16.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

10. **Bundeshaushalt 2027 - Fortsetzung des Bundesprogramms "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung"**

Beschreibung:

Fortführung des Bundesprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ über das Jahr 2027 hinaus. Angestrebt werden die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel mindestens auf bisherigem Niveau im Bundeshaushalt, die frühzeitige finanzielle Absicherung einer neuen Förderperiode ab 2028 sowie die rechtzeitige Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Förderrichtlinie. Darüber hinaus wird eine Weiterentwicklung des Programms unter Berücksichtigung von Bildungsübergängen, Ganztag, Medienbildung, Kinder- und Jugendschutz sowie einer stärkeren Berücksichtigung ländlicher Räume angestrebt.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Kultur [alle RV hierzu]

11. **Fernunterrichtsschutzgesetz**

Beschreibung:

Abschaffung FernUSG

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Fernunterrichts

Datum des Referentenentwurfs: 27.08.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FernUSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2609080007** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.09.2026 an:

Bundesregierung

12. Bundeshaushalt 2027

Beschreibung:

Der DVV fordert für den Bundeshaushalt 2027 unter anderem eine verlässliche Finanzierung der Integrationskurse, eine Stärkung der Weiterbildung und Alphabetisierung sowie eine ausreichende Förderung von politischer Bildung und internationaler Bildungszusammenarbeit. Zudem sollen Mittel für Integration, Arbeitsmarktvorbereitung und Digitalisierung bedarfsgerecht abgesichert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)

Zuständiges Ministerium: BMF [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [\[alle RV hierzu\]](#); Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Diversitätspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Entwicklungspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kultur [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliches Recht [\[alle RV hierzu\]](#); Schulische Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Seniorenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2610010026 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

13. Finanzbildungsstrategie des Bundes

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Einflussnahme auf die Ausgestaltung und Umsetzung der geplanten Finanzbildungsstrategie des Bundes. Im Mittelpunkt stehen die Verankerung finanzieller Grundbildung als eigenständiges Handlungsfeld, die stärkere Berücksichtigung

der allgemeinen Weiterbildung und der Volkshochschulen sowie die Ausgestaltung entsprechender Förder- und Beteiligungsstrukturen. Zudem soll die Einbindung des Deutschen Volkshochschul-Verbands in die vorgesehenen Beteiligungsformate, insbesondere die Task Force Finanzbildung, erreicht werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Finanzbildungsstrategie des Bundes

Datum des Referentenentwurfs: 07.09.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2610070005 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.10.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

14. **Aktionsplan Nachhaltigkeit der Bundesregierung**

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist, die allgemeine Erwachsenen- und Weiterbildung als zentrale Umsetzungsstruktur im Aktionsplan Nachhaltigkeit der Bundesregierung zu verankern. Insbesondere soll die Rolle der Volkshochschulen bei der Vermittlung von Nachhaltigkeitskompetenzen, der Förderung nachhaltiger Konsum- und Lebensweisen, der Prävention von Einsamkeit, der Gesundheitsförderung sowie der Stärkung demokratischer Werte und gesellschaftlicher Teilhabe ausdrücklich berücksichtigt werden. Zudem soll die Expertise der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die Umsetzung des Aktionsplans stärker einbezogen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/8595 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Aktionsplan "Nachhaltigkeit für ein modernes und zukunftsfähiges Deutschland"

Zuständiges Ministerium: BKAmt [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2610290018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (9):

1. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Bonn
Betrag: 5.580.001 bis 5.590.000 Euro
"Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung"
2. **Bundesministerium für Bildung, Frauen, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Bonn
Betrag: 3.980.001 bis 3.990.000 Euro
diverse Projektförderung im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung
Lernen und Professionalisierung online: Redaktioneller Content, Tutoring, Apps,
Lernstandszertifizierung (LernPORTAL)
Alphabetisierung und Grundbildung - Neue Einsatzfelder für das Ehrenamt
vhs-Lerntreffs im Quartier
3. **Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin/Bonn
Betrag: 970.001 bis 980.000 Euro
Zentralstelle im Kinder- und Jugendplan
Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt
4. **Auswärtiges Amt**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 1.640.001 bis 1.650.000 Euro
diverse Projektförderungen des Auswärtigen Amtes (2025)
5. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 16.730.001 bis 16.740.000 Euro

diverse Projektförderung auf Grundlage der Richtlinien für die Förderung von Maßnahmen der Gesellschafts- und Sozialstrukturpolitik aus Kapitel 2302 Titel 687 03, 687 04 und 687 12

6. Engagement Global

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro

Projektförderung im Rahmen des Förderprogramms für Entwicklungspolitische Bildung

7. Europäische Kommission

Europäische Union

diverse

Betrag: 1.990.001 bis 2.000.000 Euro

diverse Projektförderungen der EU

8. Gesellschaft für Integration und Zusammenarbeit

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 920.001 bis 930.000 Euro

diverse Projektförderungen der Gesellschaft für Integration und Zusammenarbeit

9. Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Projektförderung im Rahmen der Nationalen Bildungsplattform: EVA-NBP II

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

630.001 bis 640.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Volkshochschulverband Baden-Württemberg e.V.
2. Bayerischer Volkshochschulverband e.V.
3. Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V.
4. Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

DVV-Jahresbericht-2024-web.pdf